03.06.87

Sachgebiet 830

## Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung — Drucksachen 11/150, 11/199, 11/416 —

Entwurf eines Gesetzes über die sechzehnte Anpassung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Sechzehntes Anpassungsgesetz-KOV – 16. AnpG-KOV)

Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel 1 wird nach Nummer 2 folgende neue Nummer 2a eingefügt:

,2a. In § 25 Abs. 4 Satz 1 werden die Worte "und nicht wegen Behinderung Anspruch auf Leistungen nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften haben" gestrichen.'

Bonn, den 3. Juni 1987

Dr. Vogel und Fraktion

## Begründung

Auch Familienmitglieder sollten voll in die Leistungen der Kriegsopferfürsorge einbezogen werden, soweit sie ihren Bedarf nicht
aus eigenem Einkommen und Vermögen decken können. Ihre
Verweisung z. B. auf die Sozialhilfe ist unzuträglich, insbesondere
wenn bei Heimunterbringung Beschädigte und ihre Ehegatten
Leistungen nach unterschiedlichen Rechtsvorschriften erhalten.
Zudem erfolgt durch die Verweisung in der Regel eine materielle
Schlechterstellung.

	•		